

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Politik des Udenkbaren

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1964) : Politik des Udenkbaren, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 4, pp. 135-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133383>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Politik des „Undenkbaren“

Senator Fulbright forderte vor kurzem eine gründliche Revision der amerikanischen Außenpolitik. Es gelte, die neuen Realitäten zu erkennen, alte Mythen aufzugeben, ja das Undenkbare zu denken und zu verwirklichen. Die Regierung hat sich mit seinen aufrüttelnden Forderungen nicht identifiziert, doch zeigte das Echo in der Presse, daß Fulbright kein Rufer in der Wüste mehr ist. Das Überdenken der Dinge hatte mit Kennedy begonnen, der Prozeß des Raisonierens ist nun nicht mehr aufzuhalten.

Kennans Aufsatz in „Foreign Affairs“ hat nun der Diskussion weiteren Auftrieb gegeben. Die Alternativen einer Politik des Westens gegenüber den kommunistischen Staaten, die er dort aufzeigt, sollten in ihren Konsequenzen auch oder gerade in der Bundesrepublik nicht übersehen werden. Hier Starrheit, dort Bewegung. Nach Kennan liegt es wesentlich beim Westen, ob durch Anerkennung der kommunistischen Realität der Prozeß zum Polyzentrismus gefördert wird oder durch Behaupten der alten Fiktion, auf irgendeine Weise lasse sich irgendwann durch eine Politik der Stärke, militärisch oder ökonomisch, der kommunistische Block auf die Knie zwingen, wieder rückgängig gemacht, also die monolithische Einheit jener Staatengruppe wiederhergestellt wird.

In dieser Auseinandersetzung hat sich die offizielle Politik der Bundesregierung bis vor kurzem damit begnügt, die vorkennedyschen Leitbilder der amerikanischen Politik nicht nur zu übernehmen, sondern sie darüber hinaus mit noch kräftigeren Farben auszustatten. Das Undenkbare zu denken, blieb bei uns einigen Intellektuellen und nur ganz wenigen Politikern überlassen, deren Urteil a priori als suspekt, ja subversiv gelten mußte. Nun ist zweifellos der Spielraum der bundesdeutschen Außenpolitik, vor allem gegenüber dem Osten, begrenzt. Durch Identifizierung der offiziellen Politik mit den Thesen gerade der härtesten Vertreter im westlichen Lager aber hatte sie ihn selbst noch weiter eingengt.

Wenn heute der neue Außenminister Dr. Schroeder den behutsamen Versuch unternimmt, veränderten Tatbeständen im Osten durch wirtschaftlichen und kulturellen Austausch Rechnung zu tragen, sieht er sich noch zusätzlich durch die Opposition in den Reihen seiner eigenen Partei behindert. Es wäre bedauerlich, wenn diese unseres Erachtens noch allzu vorsichtige Politik blockiert würde durch jene Elemente, denen schon jeder Gedanke an eine „détente“ Anathema ist, die in jeder Anerkennung harter Notwendigkeiten einen ehrlosen Akt der Unterwerfung sehen. Von ihnen wäre niemals zu erwarten, daß sie auf einen Rechtsanspruch zugunsten der Lebensinteressen eines Volkes verzichten würden. Wenn diese Gruppe — sie ist in allen Parteien vertreten —, die mit Faustpfändern arbeitet, die sich doch ständig entwerten, noch größeren Einfluß auf die deutsche Außenpolitik gewinnen würde, wäre das nicht nur für Deutschland, sondern auch für die anderen westlichen Länder verderblich. Eine „relance européenne“, als deren Träger sich diese falschen Gaullisten bezeichnen, wird durch sie eher behindert als gefördert.

(Su.)

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine SStellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.